



Welchen Einfluss hat Wissenschaft auf die Politik – und umgekehrt?

BILD: ISTOCK

Wie wichtig ist die Unabhängigkeit der Wissenschaft, Herr Polleit?

Die Politik bedient sich gern wissenschaftlicher Ergebnisse, die zur eigenen Agenda passen. Doch das geht mit einem großen Vertrauensverlust einher. Insbesondere in der Wirtschaftslehre muss sich deshalb einiges ändern. Ein Gastbeitrag

VON THORSTEN POLLEIT

Das Vertrauen vieler Menschen ist stark angeschlagen. Dazu haben sicherlich vor allem die staatlichen Corona-Maßnahmen beigetragen, deren Angemessenheit und Wirkung von vielen angezweifelt werden. Doch der Vertrauensverlust geht mittlerweile viel weiter und tiefer. So lassen die stark steigenden Energiepreise, verursacht durch die „grüne Politik“, und die Hochinflation, die die Kaufkraft des Euro und der Ersparnisse herabsetzt, die Menschen zusehends daran zweifeln, ob ihre Interessen durch Regierung und staatliche Institutionen überhaupt noch wahrgenommen werden. Der Vertrauensschwund macht auch vor der Wissenschaft nicht halt.

„Wissenschaftler werden verlockt, sich vor den politischen Karren spannen zu lassen“

In der modernen Wissenschaft genießt die Wissenschaft eigentlich eine ganz besondere Hochachtung. Angesichts der großen Beiträge, die vor allem die Naturwissenschaften geleistet haben, ist es auch nicht verwunderlich, dass sich so etwas wie eine „Wissenschaftsgläubigkeit“ herausgebildet hat: Die Überzeugung der Menschen, vernunftbegabt zu sein und rational zu handeln, und auch die Überzeugung, dass die Wissenschaft der Wahrheit streng verpflichtet ist. Daher genießen Aussagen, die sich auf „Wissenschaftlichkeit“ berufen, auch große Autorität bei politischen Entscheidungen.

Das hat die Politik erkannt, und sie macht es sich nutzbar: Und zwar indem sie politische Kontroversen – die meist nur Ziele oder Werte be-

treffen – gezielt und häufig in unzulässiger Weise zu „Wissenschaftsfragen“ hochstilisiert. Der Anreiz wird dadurch groß, die Wissenschaft für politische Zwecke zu vereinnahmen; und Wissenschaftler werden verlockt, sich vor den politischen Karren spannen und von der wissenschaftlichen Wahrheitsorientierung ablenken zu lassen.

Das gilt ganz besonders für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, deren Lehrkanon große Breitenwirkung entfaltet. Hier hat sich seit langem eine wissenschaftliche Methode eingebürgert, die nicht nur zu kritisieren ist, sondern die sich auch als Einfallstor für ideologische Einflussnahme erweist, die schwere volkswirtschaftliche Schäden und menschliches Leid verursacht. Der Kern des Problems findet sich in der wissenschaftlichen Methodenfrage.

Die wissenschaftliche Methode, die in der Volkswirtschaftslehre heute angewandt wird, ist den Naturwissenschaften entliehen. In den Naturwissenschaften werden bekanntlich Erkenntnisse anhand von Erfahrung – also etwa bei Experimenten – aufgespiert, und ihre Validität wird mittels Erfahrung überprüft. Erkenntnistheoretisch befindet man sich damit auf dem Boden des Positivismus-Empirismus-Falsifikationismus.

Doch ein solches Vorgehen ist in der Volkswirtschaftslehre nicht möglich. In der Naturwissenschaft lassen sich reproduzierbare Experimente durchführen, also beliebig viele Versuche unter gleichen Bedingungen, die – wie der Wissenschaftstheoretiker Karl R. Popper sie bezeichnet – Protokollsätze liefern. Beispiel: Chemikalie A wird mit Chemikalie B vermischt, und das führt zu einer bestimmten Reaktion. Dieser Versuch lässt sich prinzipiell heute, morgen, übermorgen hier und woanders auf der Welt beliebig

DER GASTAUTOR

Dr. Thorsten Polleit ist Ökonom und **Chefvolkswirt der Degussa**, Europas größtem Edelmetallhandelsunternehmen. Davor war er 15 Jahre im internationalen Investment-Banking tätig.

Er ist Präsident des **Ludwig von Mises Institut** Deutschland und Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth.

Bücher: „Der Weg zur Wahrheit. Eine Kritik der ökonomischen Vernunft“ (2022), „Ludwig von



Mises – der kompromisslose Liberale“ (2022) und „Der Antikapitalist. Ein Weltverbesserer, der keiner ist“ (2018). (BILD: DEGUSSA)

häufig und unter gleichen Bedingungen durchführen.

So etwas ist im Bereich des menschlichen Handelns in dieser Weise nicht möglich. Warum? Der Mensch hat – anders als Moleküle, Steine oder ein Regenwurm – nicht nur Wünsche. Er wählt Ziele und die Mittel, um sie zu erreichen. Vor allem ist der Mensch auch lernfähig. Das lässt sich logisch nicht widerspruchsfrei bestreiten.

Wer sagt „Der Mensch kann nicht lernen“, setzt bereits voraus (bei sich selbst oder seinem Gesprächspartner), dass man das Konzept „Lernen“ versteht – dass man also gelernt hat zu lernen. Das aber ist ein performativer Widerspruch: Man verneint dadurch den Inhalt seines Arguments. Und wer sagt „Der Mensch kann lernen“, begeht einen offenen Widerspruch. Der Satz „Der Mensch kann lernen“ gilt also a priori. Er lässt sich nicht bestreiten, ohne seine Gültigkeit bereits vorauszusetzen.

Wenn folglich der Mensch als handelnder Akteur als lernfähig konzeptualisiert werden muss, dann folgt daraus zweierlei. Erstens: Man

kann nicht schon heute alle künftigen Wissenszustände kennen und damit auch nicht – darauf kommt es hier an – alle aus diesem Wissen sich ergebenden künftigen Handlungen. Zweitens: Im Bereich des menschlichen Handelns lassen sich daher aus logischen Gründen keine Ursachen aufspüren, die eine konstante (zeitinvariante) Wirksamkeit auf das menschliche Handeln ausüben – denn sonst würden wir (fehlerhafterweise) Nichtlernfähigkeit unterstellen.

„Das menschliche Handeln lässt sich nicht anhand von externen Faktoren prognostizieren“

Mit anderen Worten: Das menschliche Handeln lässt sich nicht in gleicher Weise wie die Erkenntnisobjekte in der Naturwissenschaft erklären oder anhand von externen Faktoren prognostizieren. Daraus erwächst die Notwendigkeit für einen methodologischen Dualismus: Die wissenschaftliche Metho-

de in der Volkswirtschaftslehre muss eine andere sein als die, die in den Naturwissenschaften Verwendung findet.

Zwar lässt sich die Volkswirtschaftslehre nicht als Erfahrungswissenschaft konzeptualisieren, sehr wohl aber als sogenannte apriorische Handlungswissenschaft. Letztere findet ihre erkenntnistheoretische Methode in der Logik des menschlichen Handelns. Der Satz „Der Mensch handelt“ klingt banal. Aber nur auf den ersten Blick. Denn der Satz „Der Mensch handelt“ lässt sich nicht widerspruchsfrei verneinen: Wer sagt, der Mensch handelt nicht, handelt – und widerspricht dem Gesagten.

Aus der apriorischen Aussage „Der Mensch handelt“ lassen sich überdies weitere wahre Aussagen ableiten, wie zum Beispiel: Der Handelnde verfolgt Ziele, die er durch sein Handeln erreichen will. Handeln erfordert den Einsatz von Mitteln. Mittel sind knapp. Mehr Mittel werden weniger Mitteln vorgezogen. Eine frühere Erfüllung der Ziele wird einer späteren vorgezogen. Und so weiter.

Wenn man also die Volkswirtschaftslehre als apriorische Handlungswissenschaft begreift, dann schrumpft ihr bisheriger Erklärungs- und Geltungsanspruch – und er wächst zugleich. Es geht ihr nicht mehr darum, ökonomische Gesetzmäßigkeiten empirisch aufzuspüren. Auch volkswirtschaftliche Prognosen lassen sich nicht mehr wissenschaftlich rechtfertigen. Und schon gar nicht maßt sie sich an, Aussagen darüber zu treffen, wie künftig gehandelt wird.

Auf der anderen Seite lassen sich die qualitativen Folgen menschlichen Handelns, das unter gegebenen Bedingungen stattfindet, sicher vorhersagen: etwa, dass der Sozialismus nicht funktioniert; dass die Aus-

gabe von ungedecktem Geld und das Absenken der Marktzinsen durch die Zentralbank unweigerlich zu Wirtschaftsstörungen führen; dass große Staaten (wie wir sie heute kennen) die Kriegsgefahr befördern; dass Tauschen im freien Markt für alle daran Beteiligten vorteilhaft ist (im Vergleich zur Situation, in der nicht getauscht wird); und anderes mehr.

„Die Erkenntnisse der Ökonomik sind wichtig für das friedvolle Zusammenleben der Menschen“

Vieles, was heute in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik als gut und richtig angesehen wird, ist im Lichte der apriorischen Handlungswissenschaft nicht haltbar. Verständlich also, dass sich die Begeisterung von Politikern, Ökonomen und Lobbyisten in Grenzen hält, die wissenschaftliche Methodenfrage neu zu beleben. Doch angesichts der unübersehbaren Probleme in den Volkswirtschaften – nachlassendes Wachstum, Staatsexpansion, explodierende Verschuldung, Inflation, vor allem aber auch das damit einhergehende Zurückdrängen der individuellen Freiheit, das Wiedererstarken kollektivistischer-sozialistischer Ideen –, ist es höchste Zeit für eine Neuaufgabe des Methodenstreits. Die Erkenntnisse der Ökonomik sind zu wichtig für das friedvolle und produktive Zusammenleben der Menschen. Wir können es uns nicht leisten, sie unserem Handeln zu entziehen.

Die gute Botschaft ist: Der Siegeszug ist nicht nur möglich, er liegt sogar in greifbarer Nähe. Im Grunde ist „nur“ die Rückbesinnung auf Altbekanntes in der Erkenntnistheorie erforderlich.